

amten auf das Straßenbahngesetz und packte ihn an der Gurgel. Der zweite belgische Sicherheitspolizist gab barfuß zunächst einen Schuß in die Luft ab, aber als der Deutsche seinen Gegner trotzdem weiter feuerte, tönte er ihm durch einen zweiten Schuß. Nun wird den deutschen Beamten über diesen Zwischenfall abwarten müssen.

#### Die Auszahlung der neuen Beamtengehälter.

Gesprochenen den Abmachungen mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen werden Beamten und Angestellten die neuen Tenerungs- und Ortsklassenzuschläge ohne Verzögerung am 1. April ausgezahlt werden. Das Reichsfinanzministerium hat für sämtliche nachgeordneten Dienststellen tabellarische Listen anfertigen lassen, so daß die Kosten der Behörden im Reich ohne Schwierigkeiten die entsprechenden Sätze zu zahlen imstande sind. Diejenigen Beamten, die einen besonderen Antrag stellen, sollen noch in diesem Monat einen Vorschlag auf die neuen Gehälter erhalten.

#### Frankreich.

Man will keinesfalls ablehnen. Ein schlagender Beweis dafür, wie man sich in Paris mit allen Mitteln gegen die allgemeine Wirtschaft sträubt, hat sich wieder einmal in der französischen Kammer ergeben. Die Sozialisten hatten vorgeschlagen, eine Verlängerung der Beratung des Milliardenpachtgesetzes vorzutragen, um allen Bürgern die Abprüfung vorzuschlagen und um dem Völkerbund eine Militärmacht zur Verfügung zu stellen, durch die Entscheidungen seines Rates sicher gestellt würden. Dieser Vorschlag wurde jedoch von der Kammer mit 403 gegen 77 Stimmen abgelehnt.

#### Griechenland.

Vor dem Frieden mit der Türkei. Nicht freiwillig, sondern auf Anordnung der Entente soll nun der griechisch-türkische Krieg beendet werden. Die in Paris tagende Konferenz der Außenminister der Entente hat beschlossen, ein gemeinsames Telegramm an die Regierungen von Konstantinopel, Ankara und Athen zu senden. In diesem wird vorgeschlagen, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die Truppen sollen beiderseits die Hauptlinien, die sie augenblicklich innehaben, weiter befehlt halten, doch werden die vorgeschobenen Teile zurückgezogen. Die Dauer des Waffenstillstands soll ohne vorherige Benachrichtigung bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens erneuert werden.

#### Nordamerika.

Amerika verlangt seine Besatzungskosten zurück. Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris hat Pointcard die Note der Washingtoner Regierung über die Rückzahlung der Besatzungskosten des amerikanischen Heeres am linken Rheinufer überreicht. Die amerikanische Regierung legt darin dar, daß sie alle alliierten Vorschläge entgegennommen werde, die geeignet seien, eine vernünftige Regelung der Zahlungen, die den Vereinigten Staaten für die Kosten ihrer Besatzungsheere geschuldet würden, herbeizuführen. Die Note verzichtet darauf, für die Rückzahlung eine Frist zu stellen.

#### Aus In- und Ausland.

Genf. Der Schiedsentschluß in der Angelegenheit der deutsch-polnischen Verhandlungen wird wahrscheinlich Sonnabend oder Montag erfolgen, da eine Einigung der beiden Parteien nicht erzielt wurde.

Wien. Der Vertreter des englischen Schatzamtes in Wien, Young, hat den englischen Kredit für die österreichische Regierung zur Verfügung gestellt.

Brüssel. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf über die Abänderungen des Hollariss für Waren, die aus Deutschland eingeführt werden, mit 87 gegen 14 bei 39 Stimmenabstimmungen an.

#### Deutscher Reichstag.

(Mr. Elster.)

CB. Berlin. 28. März.

Zuerst wurde der Vertrag zum Abschluß der endgültigen Donauakte dem auswärtigen Ausschuß überreichen, und dann ging man zur zweiten Beratung des

#### Kohlensteuergesetzes.

Über. Die bisherige Kohlensteuer soll nach der Regierungsvorlage von 20 Prozent auf 40 Prozent erhöht werden. Der

Ausschuß erklärte sich damit einverstanden. Die Deutschen nationalen beantragten 20 Prozent, die Unabhängigen wollen die Haushaltsschüle für Personen unter 50.000 Mark Jahreseinkommen steuerefrei lassen.

Staatssekretär Bapst erklärte, daß die Regierung bereit sei, in einzelnen Fällen bestimmten Industrien bei besonderen Wirtschaftsbetriften Steuerfreiheit zu gewähren.

Abg. Leopold (Deutschland) empfahl den deutschnationalen Antrag. Die Annäherung der Kohlenpreise an den Weltmarktpreis sei erst möglich, wenn sich die deutsche Wirtschaft konzentriert habe. Jetzt würden 40 Prozent Kohlensteuer nur zu einer unerträglichen Belastung der Produktion führen. Sehr sei die ersehnte Verbilligung des Haushaltsschubes für die ältere Bevölkerung praktisch nicht durchführbar.

Abg. Wehrhoff (U.-Soz.) erklärte, nach den bisherigen Erfahrungen ist es zu erwarten, daß durch die Erhöhung der Kohlensteuer eine sehr hohe Preiserhöhung und sehr großer Preiswuchs eintreten wird. Deswegen haben wir unser Antrag über die Freilassung des Haushaltsschubes gestellt.

Abg. Fröhlich (Komm.) befürwortete die Vorlage. Die ganze Steuererhebung sei eine wahre Pflichtarbeit und mußte auch schon über den Haufen geworfen werden die Note der Reparationskommission. Die 60 Milliarden neuer Steuern sollen bis Ende Mai unter Dach und Fach sein. Wie wollen Sie angeblich dieser Forderung Ihre Steuerpolitik beibehalten?

#### Der Haushalt.

Abg. Pößler (Soz.) stellte fest, daß die Bergarbeiterlöhnne in demselben Verhältnis wie die Kohlenpreise gesunken sind. Die Verbilligung des Haushaltsschubes sei leider wegen der daraus für die Kohlenlieferung an Frankreich entstehenden Folgen nicht durchführbar. Die innerpolitische Lage macht leider die Erhöhung der Kohlensteuer auf 40 Prozent unvermeidlich.

Abg. Lind (Deutschland) wies auf die schädlichen Wirkungen hin, die eine hohe Kohlensteuer auf die Erzeugung der künstlichen Dingenmittel ausüben müsse.

Abg. Büsch (Zentrum) betonte, die Erhöhung der Kohlensteuer wird uns gegen unseren Willen aufgezwungen.

Abg. Graf von Rauch (Deutschland) begründete eine Entschließung, wonach die Regierung einen Gesetzentwurf zur Unterstützung des schwer leidenden österreichischen Wirtschaftslebens vorlegen soll.

Abg. Koenig (Komm.) verlangte Steuerfreiheit für den Haushalt.

Abg. Hamm (Demokrat) stimmte in einer kurzen Sitzung der Vorlage zu, die dann nach den Ausschusshören mit der Abstimmung angenommen wurde, daß die Steuererhöhung am 1. April in Kraft treten soll.

Angenommen wurde auch die Entschließung zur Unterstützung Österreichs. Alle weiteren Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Während dieser Abstimmung kam es zu

#### Järmenden Auseinander,

wollte die Abgeordneten Fröhlich und Hölllein (Komm.) nach geschlossener Aussprache noch das Wort verlangen und der den Vorstande Präsident Dietrich es ihnen bewilligte. Der Abg. Hölllein beantwortete die Vorwerke gegen lautem Verwünschungen gegen den Präsidenten und die Mehrheit. Deswegen wurde er zweimal zur Ordnung gerufen.

Ruhrmehr kam man zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Gewerbesteuer, Bier- und Tabaksteuer. Bei den Auseinandersetzungen darüber fanden die Abgeordneten Koenig (Komm.) und Levi (Komm. Arbeitsgemeinschaft) abermals auf die Vorwerke gegen die der Abg. Hölllein protestiert hatte.

#### Wegfall der Inseratensteuer.

Dafür zwei Prozent Umsatzsteuer.

Der Plan der vielfachtrittenen, eine Sonderbesteuierung des Zeitungsgewerbes darstellende Inseratensteuer ist fallengelassen worden. Im Reichstag wurde bei dem Fortgang der Beratungen über das Steuertopfprinzip die Inseratensteuer abgelehnt: Die Steuer sollte nach der Vorlage eine Staffelung der Sätze bis auf vier Prozent nach oben je nach Umsatz erhalten. Die Deutschen nationalen hatten einen Antrag eingebracht, die Inseratensteuer für die ersten 200.000 Mark des vierjährlich vereinbarten Entgelts auf 1 Prozent, für die nächsten 200.000 Mark auf 1½ Prozent zu bemessen. Darüber hinaus sollte eine zweiprozentige Besteuerung eintreten. Der Antrag wurde abgelehnt. Dafür gelangte ein Antrag des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei mit den Stimmen einiger Deutschen nationaler, der Volkspartei, Demokraten und des Zentrums zur Annahme, der

die besondere Inseratensteuer beseitigt und durchweg zwei Prozent Umsatzsteuer dafür angesetzt.

Mehrheitssocialisten und Bayerische Volkspartei stimmten geschlossen gegen den Antrag, den die Mehrheitssocialisten nur infolge eines Verfehlens unterzeichnet hatten. Ob diese Umsatzsteuer für die kleinen Zeitungen zu tragen sein wird, ist eine andere Frage, zumal sie gegenüber den größeren Blättern insofern benachteiligt werden, als sie mit der gleichen prozentualen Steuerquote auch bei dem kleinsten Umsatz belastet werden wie die Riesenunternehmen.

#### Der übermäßige Papierpreis.

In Berlin stand im Reichstaggebäude eine Besprechungsstätte, an der Vertreter aller Parteien der Verlegerorganisationen und des Reichswirtschaftsministeriums teilgenommen haben und die die Frage der Papierpreise behandelt. Es wurde dabei der Umsatz besprochen, daß vom 1. April ab eine weitere ganz ungemeine Zunahme der Papierpreise, etwa von 8 auf 12 Mark droht, und es wurden die daraus sich ergebenden Gefahren für die Überwindung der deutschen Presse mit ausländischem Kapital, das Eingehen vieler Kleiner und mittlerer Zeitungen und eine damit verbundene starke Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe behandelt. Die Verlegerverbände erhielten das Reichswirtschaftsministerium und die Parteivertreter, sofortige Abschlagsmaßnahmen im Reichstage zur Annahme zu bringen, von denen besonders ins Auge gefaßt wurden: 1. eine Ausfuhrsteuer für deutsches Papier, 2. solche die Ausfuhr noch genehmigt wird, eine Besteuerung von Auslandsgewinne auf die Inlandsprodukte, 3. eine öffentliche Bewirtschaftung des Papiers und aller zum Papier gebundenen Rohstoffe.

Die einzelnen Parteien werden sich in Konsolidierungen mit diesen Vorschlägen befassen und der Reichspräsident Doebe hat zugesagt, daß wegen der Dringlichkeit die Frage in der nächsten Woche im Reichstage zur Entscheidung gebracht werden soll.

#### Neueste Meldungen.

Die Parteien und die neue 60-Milliardenlast. DA Berlin. Nach parlamentarischen Informationen scheint es, daß im Reichstage eine Mehrheit für die Annahme der neuen 60-Milliarden-Steuer nicht zu finden sein dürfte. Selbst die U.-S. P. zeigt sich mehr und mehr überzeugt davon, daß eine solche Summe nicht aufzubrachten werden kann. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß diesmal von der deutschen Regierung und dem Reichstag eine völlig klare und eindeutige Antwort erzielt werden muss, damit die Welt sieht, was von Deutschland geleistet werden kann und was nicht.

Besprechungen über die neue Note in Paris.

DA Berlin. Der Vorsitzende des Berliner Garantie-Komitees, Prof. Guiguer, bat sich nach Paris begeben, um dort auf Wunsch der Reparationskommission über verschiedene die Reparations- und Garantieforderungen betreffende Fragen Auskunft zu erlangen.

#### Einigung zwischen Arzten und Krankenkassen.

Berlin. Die Verhandlungen zwischen den Hauptverbänden der Ärzte und den Krankenkassen im Arbeitsministerium haben bezüglich der Bezahlung nach Einzelleistungen zu einer Einigung geführt. Für das erste Quartal 1921 wurde ein Honorar von 10 Mark für die Beratung, 20 Mark für den Besuch und für Sonderleistungen entsprechende Zuflüsse zu den Mindestsummen der Gebührenordnung vom September 1921 verabredet. Vom 1. April 1922 gelten die Sätze der neuen preußischen Gebührenordnung, zu denen jeweils Zuschüsse auf der Grundlage der Reichshandelsziffern kommen. Keiner Einigung ist man über die Festlegung von Grundsätzen für die Bezahlung nach Jahrespauschale gelangt.

Auscheiden Lenins aus der Sowjetregierung? DA Riga. Der Große Rat der Sowjets ist zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um die Maßnahmen zu besprechen, die bei einem Auscheiden Lenins aus der Regierung zu treffen sind. Der Vorsitzende des Moskauer Sowjets erklärte, daß der Zustand Lenins so ernst sei, daß man von einer weiteren Teilnahme Lenins an der Regierung vorläufig nicht sprechen könne.

Berlin. Die neuen Hartmanns zu 1, 2, 3 und 5 Mark werden voraussichtlich im April in den Verkehr gebracht werden.

München. Die Verleger großer bayerischer Blätter planen, mit bedeutenden Mitteln eine eigene Papierfabrik A.G. zu gründen.

Leute, auf den Hüppitzten, wie sie getommen, raus durch den Korridor, prallte aber plötzlich entsetzt zurück.

Bor ihr stand ihr Stiefvater. Er hielt noch den Schlüssel in der Hand, mit dem er soeben die Tür geöffnet haben mußte.

"Schreien Sie nur nicht zu sehr, mein schönes Fräulein!" hörte er ihr entgegen, indem er ein Feuerzeug aus der Tasche zog und Licht machte. "Man scheint mich nicht so früh erwartet zu haben! Dart man fragen, was für Unzug mein Fräulein Tochter hier im Dunkel der Nacht treibt, he?"

Obgleich Felicie am ganzen Leibe zitterte, zwang sie doch ihre Stimme zur Festigkeit.

"Ich treibe keinen Unzug. Die Mutter fühlte sich heute Nacht unwohl. Da leistete ich ihr ein wenig Gesellschaft."

"So? Dart man fragen, was das für ein Kasten ist? Sieht spaßig aus, das Ding!"

Felicie hielt ihm den Kasten hin.

"Hier. Er mußte wohl meinem Vater gehören — sein Name ist auf dem Deckel eingeschnitten. Ich öffnete ihn. Er enthält nichts als ein paar alte Messer und Gabeln. Bitte, willst Du den Kasten ins Zimmer der Mutter tragen? Er gehört in den Wäscherschrank."

Ein cynisches Lachen verzerrte die ohnehin häßlichen Züge des Mannes.

"Danke, mein Läubchen! Du hast ihn dort hergeholt — trag' ihn nur selber wieder hin! Und mach schnell! Ich will schlafen! Hol's der Kasten — in seinem eigenen Hause hat man nicht mal Ruhe! Da soll doch gleich der —"

Seine Hand holte zum Schlag aus. Doch Felicie entwich ihm geschickt. Sie sah an dem ausgedunsenen Gesicht des Stiefvaters, an seinen ungestalteten Blättern, daß er wieder getrunken hatte, daß es nur des geringsten Anlasses bedurfte hätte, um die Faust in ihm zu wetten. In fliegendem Eile huschte sie ins Schlafzimmer der Mutter, schob den Kasten in den Wäscherschrank, legte die vergessenen Servietten davor, schloß den Schrank ab, hing das Schlüsselbündel ans Schlüsselbrettchen — und hinauf ging's ein paar Stufen in ihr Stämmchen.

Als sie die Tür hinter sich verriegelt hatte, atmete sie auf. Erst jetzt sah sie sich lässer vor der Witze des Stiefvaters.

Rasch entkleidete sie sich, um den Rest der Nacht noch ein wenig zu schlafen. Unmöglich. In ihrem Kopfe wirbelten tausend Gedanken und Vorstellungen ...

#### „Wem nie durch Liebe Leid geschah...“

Roman von Erich Griesen.

5]

(Nachdruck verboten.)

„Bist Du's, Blix?“ fragte eine verschlafene Stimme hinter dem Vorhang. „Mir träumte eben, Du wärst — eine Prinzessin — und Holm —“

Das Weiterer erstarb in undeutlichem Gemurmel. Gleich darauf verklundete tiefe, regelmäßige Atemzüge, daß Frau Giesecke schlief.

Klopplenden Herzschlag schlich Felicie im Zimmer umher. Jede Schubleide wurde geöffnet, jedes Kästchen durchsucht. Ihre Wangen glühten, ihre Pulse flögten. Wie, wenn sie den Schmuck nicht sände — und Winfried mäßte morgen Sigrid Arnoldsagen —

Und mit frisch ausquellender Energie suchte sie weiter.

Nicht einen Augenblick kam ihr der Gedanke, daß sie ein Unrecht begeht. Das Kästchen gehörte ihr, was sie damit mache, war gleichgültig. Nur, daß sie sie etwas früher in seinen Besitz setzte — zu ihrem und des Geliebten Glück!

Jetzt öffnete sie den Wäscherschrank. Vorsichtig schob sie die Hand zwischen die Reihen sorgsam zusammengefalteter Leinentücher ...

Nichts!

Ta — hinter einem Stoß vergessener Servietten — fühlte sie plötzlich etwas Hartes. Sie räumte die Servietten hinweg und entblöte ein silberbeschlagenes Kästchen. Mit zitternden Händen bestaute sie das Kästchen. Es war fest verschlossen.

Eine sieberhafte Erregung bemächtigte sich ihrer. Eine Ahnung sagte ihr, daß das Gefüchte sich in diesen Kästchen befand.

Doch wie es öffnen? Und wenn sieht die Mutter er wachte?

Hastig nahm Felicie den Kästchen auf den Arm und eilte damit, immer auf den Fußspitzen, die kleine, schmale Treppe hinauf, in ihr Stämmchen. Hier stellte sie den geheimnisvollen Kästchen auf das Täschchen vor ihrem Bett und probierte jeden Schlüssel vom Schlüsselbunde der Mutter.

Endlich passte ein kleiner, ganz eigen geschnittener Schlüssel. Der Kästchen sprang auf.

Das erste Fach war leer. Felicie hob den Einsatz heraus. Ein paar versilberte, almodische Messer und Gabeln kamen zum Vorschein — nichts weiter.